

Kantone = Cantons = Cantoni

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **44 (1997)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



AARGAU

25. Generalversammlung des Aargauischen Zivilschutzverbandes in Unterentfelden

Zivilschutz: beliebte Milchkuh beim Sparen

Eine Aufstockung des Vorstandes um drei Mitglieder nahm der Aargauische Zivilschutzverband (AZSV) an seiner Generalversammlung am 21. März 1997 in Unterentfelden vor. Neu gewählt wurden Werner Bolliger, kantonaler Zivilschutz-Ausbildungschef (Hirznach), Andrea Lauener (Birr), Othmar Lengen (Untersiggenthal), Gemeinderat Arthur Ernst (Würenlos) und Martin Widmer, Chef der kantonalen Militärverwaltung (Kulm). Zurückgetreten und mit einem Präsent geehrt wurden Barbara Siegrist und Fritz Peter Jaun. Sie waren die Verbindungsleute zum militärischen Frauendienst bzw. zu den ZS-Instruktoren. Damit besteht der Vorstand aus insgesamt 14 Personen.

PAUL EHINGER

Eingeleitet wurde die ordentliche GV in der Schweizerischen Bauschule/Bildungszentrum (BZU) nach der Begrüssung durch Präsident Hans Caramella (Wohlen) durch einen Vortrag von Karl Widmer, Chef der Abteilung Konzeption und Organisation beim Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Zum Thema «Zivilschutz – Gestern – Heute – Morgen» nahm er eine knize Situationsanalyse vor. Vieles sei schon erreicht worden, jedenfalls dürften alle Zivilschützer stolz auf das Erreichte sein. Die Umsetzung der Reform 95 sei erfolgreich verlaufen, so die Neugewichtung der Katastrophen- und Nothilfe, die Neugestaltung des Zivilschutzes mit Partnerorganisationen sowie die Neugestaltung der Ausbildung. Das Einsatzkonzept habe mit der Reform 95 eine straffere Organisation, jüngerer Personal und ergänztes Material erhalten. Die Finanzierung konnte eingehalten wer-

den, weil bei den ZS-Bauten weniger Ausgaben anfielen. Leider fehle aber Geld für die Ausbildung. Kurzfristiges Hauptproblem werde der Wechsel des BZS vom EJPD zum EMD sein.

Den Zivilschutz weiter optimieren

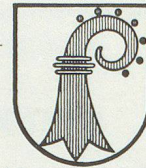
Präsident Ceramella liess in seinem ausführlichen Jahresbericht nochmals das vergangene Jahr aufleben. Höhepunkte seien gewesen: die Organisation der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes in Zofingen, die Gruppenmeisterschaft in Bremgarten sowie der Vortragsabend mit Divisionär Peter Regli in Lenzburg mit über 200 Teilnehmern. Zurzeit zählt der AZSV 1087 Kollektivmitglieder der Zivilschutzorganisationen, 82 Einzelmitglieder und 17 Betriebsmitglieder, total also 1177 Mitglieder. Dies bedeutet einen Rückgang um 33 Mitglieder, was allerdings nicht allzu tragisch sei. Für Ceramella gilt es, den Zivilschutz auch in Zukunft zu optimieren. Einhellig und mit Beifall wurde der Bericht gutgeheissen.

Vizepräsident Hans Lanz, Zofingen, dankte für die grosse Arbeit Ceramellas. Die weiteren Regularien passierten diskussionslos, so vor allem Rechnung und Budget, präsentiert durch die Quästorin Maria Steinmann (Villmergen).

Statuten angepasst

Ebenfalls ein kurzer «Chutt» waren die Statutenanpassungen. Neu ist hier der Passus im Zweckartikel, wonach der AZSV auch die Interessen des aktiven nebenamtlichen Instruktionspersonals wahrnehmen wird. Auch die Ergänzung in Artikel 5 betrifft die aktiven nebenamtlichen Instruktoren und Instruktoren, deren Verband vor Jahresfrist bekanntlich aufgelöst und in der AZSV integriert worden ist. Dessen Verbindungsmann war der zurückgetretene Jaun, dem deswegen Ceramella besonders dankte.

Unter Varia überbrachte der Unterentfelder Gemeinderat Walter Annaheim die Grüsse der gastgebenden Gemeinde. Ständerat Willy Loretan (FDP/Zofingen) überbrachte die Grüsse des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, als dessen Zentralpräsident er seit bald einem Jahr amtiert. Er registrierte, dass das Parlament nicht gerade sehr zivilschutzfreundlich eingestellt sei. Neben dem Militär sei der Zivilschutz die beliebteste Milchkuh beim Sparen. ▣



BASEL-LAND

Baselbieter ZS-Verband diskutierte die Existenzberechtigung

«Ende der Sparerei beim Zivilschutz, sonst sparen wir ihn zu Tode!»

Der Zivilschutzverband Baselland ist immer für Überraschungen gut, wenn es gilt, die Jahresversammlung «besuchenswert» zu gestalten. Anlässlich der 28. Mitgliederversammlung vom 11. April in Binningen liessen die Baselbieter Zivilschützer über ihre eigene Existenzberechtigung diskutieren. Landrätin Maya Graf (Frei Grüne Liste Baselland) plädierte dabei für eine Abschaffung des Zivilschutzes in der jetzigen Form. Bei der Behandlung des geschäftlichen Teils wurde dem langjährigen Vorstandsmitglied und Vizepräsident Ernst Gerber (Itingen) die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

EUGEN SCHWARZ

Eine Frau lehrte die Baselbieter Zivilschützer an ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung 1997 das Fürchten. Dass der Baselbieter Zivilschutzverband heikle Antworten auf delicate Fragen keinesfalls scheut, ist weitherum bekannt. Dass aber eine Landrätin den Zivilschutz abgeschafft haben will, liess jetzt auch die hartgesottesten Zivilschützer aufhorchen.

Nichts ist so gut ...

Vorgängig der 28. Mitgliederversammlung im Binninger «Kronenmattsaal» liess die Verbandsspitze unter der Maxime «Nichts ist so gut, dass man es nicht hinterfragen sollte» über eine (weitere) Existenzberechtigung des Zivilschutzes diskutieren. Mit dabei an dieser kontradiktorischen Debatte waren auch die Hörer des Baselbieters Lokalsenders von Radio «Edelweiss». Dass Ständerat Willy Loretan (Zofingen), Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, Paul Thüning, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz – immerhin auch ein Baselbieter – und Regierungsrat Andreas Koellreuter, höchster Baselbieter Zivilschützer, aber kein Heimspiel

Dabei sein und informiert sein heisst Mitglied sein des SZSV! Info: 031 381 65 81



Kritische Fragen: Paul Thüring, Willy Loretan und Andreas Koellreuter liessen sich von Maya Graf und Josef Küng herausfordern (von links). Als Schiedsrichter amtierte Radiomoderator Dominik Marbet (Mitte).

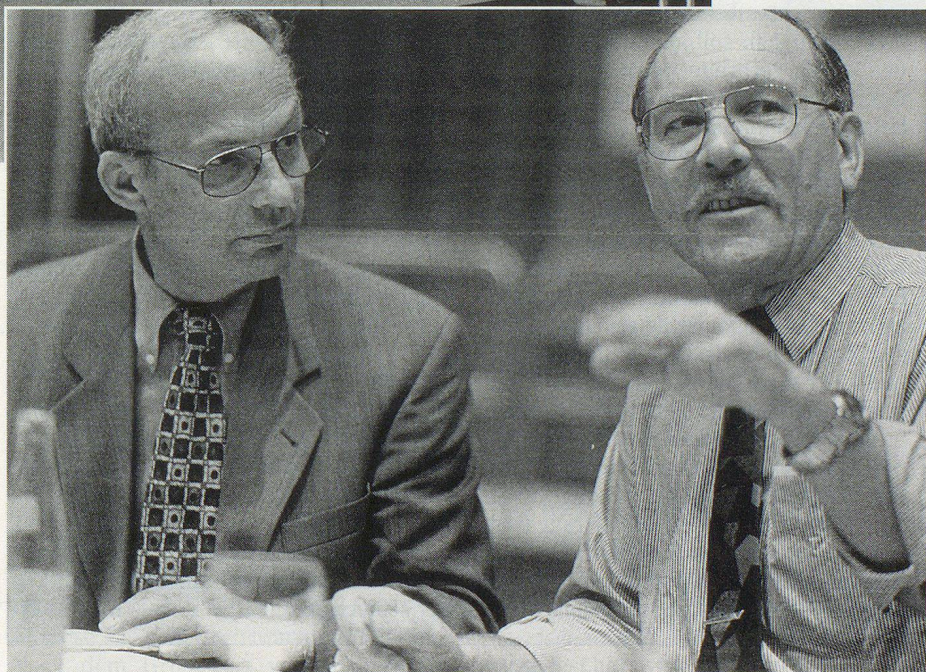
Liessen die Kontrahenten diskutieren: Werner Zahn, Baseltbieter Verbandspräsident, und Erhard Mohler, Sekretär.

erlebten, dafür sorgten Landrätin Maya Graf (FGL, Sissach) und der Reinacher CVP-Gemeinderat Josef Küng. Besonders Maya Graf war versucht, mit kritischen Fragen die drei «Fachmänner» aus der Reserve zu locken. Sie stellte, und das unterstrich sie mehrmals deutlich, «Fragen aus dem Volk», die aber leider nicht immer als solche verstanden und goutiert wurden.

Feuerwehr statt Zivilschutz

Genausowenig wurde wohl auch ihr Standpunkt verstanden, dass der Zivilschutz zugunsten einer noch effizienteren Feuerwehr abgeschafft werden müsse. «Eine Professionalisierung mit weniger Leuten und Organisationen kommt weder günstiger noch vereinfacht es die Strukturen», antwortete Andreas Koellreuter. «Zudem ist es der falsche Weg und eine Illusion, zu glauben, dass in diesem Fall weniger mehr wäre.» Die dem Zivilschutz zur Verfügung stehenden Mittel und Materialien reichten schon längstens nicht mehr aus. «Diese würden wohl dann auch den Feuerwehren nicht mehr genügen, möchten diese Erfolg haben.»

Josef Küng wiederum kostet der Zivilschutz zuviel Geld für zuwenig Nutzen und hat zu grosse Bestände. Der Aargauer Ständerat Willy Loretan ist diesbezüglich aber anderer Meinung. Der Zivilschutz sei weder personell überdimensioniert noch springe er mit den bescheidenen finanziellen Mitteln leichtfertig um. Er als Bundes-



FOTOS: E. SCHWARZ

parlamentarier wehre sich je länger, je mehr vehement gegen die Meinung, dass auf Kosten des Zivilschutzes der Bundeshaushalt saniert werden könne. «Der Zivilschutz beansprucht 0,3 Prozent vom Bundesbudget, was pro Einwohner und Jahr 80 Franken ausmacht.» Und soviel sei gleichfalls für alle verkraftbar und auch vertretbar. «Jetzt ist es mit der Sparerei zu Lasten des Zivilschutzes fertig, sonst sparen wir diesen noch zu Tode.»

Wiegen wir uns in einer Scheinsicherheit?

Letztlich hinterfragten Maya Graf und Josef Küng auch das Thema «Schutzraumbauten». Dazu war Paul Thüring (heraus-

gefordert. Die beiden sehen sich die Bevölkerung mit dem Vorhandensein der Schutzräume in einer «Scheinsicherheit» wiegen. «In den meisten Ernstfällen, und davon muss man ausgehen, wird man kaum mehr Zuflucht finden können im Schutzraum.» Zum Beispiel in von Erdbeben zerstörten. «Es ist vermessen, der Bevölkerung mit dem Szenario «Erdbeben» Schutzräume schmackhaft machen zu wollen», plädierten die beiden für deren Aufhebung. Jetzt kamen die Blockraumchefs ins Schwitzen.

«Wir sehen kein Ereignis euphorisch», konterte der Direktor des Bundesamtes. Doch mit den Schutzräumen erhöhe man die Überlebenschancen, etwa bei kriegerischen Ereignissen. Der Schutzplatz sei

Nur keinen Zivilschutz zu haben wäre schlecht

ES. «Braucht es den Zivilschutz noch?» lautete die zentrale Frage, mit der sich die Teilnehmer im Vorfeld zur Mitgliederversammlung der Baselbieter Zivilschützer am 11. April in Binningen auseinandersetzten. Natürlich braucht es ihn noch, was soll diese Fragerei, war das Gros der zahlreichen Zivilschützer noch vor Inangriffnahme der Diskussion, welche übrigens live über das Lokalradio «Edelweiss» übertragen wurde, überzeugt. Hauptsächlich jene, welche sich immer besonders engagiert und mit viel Herzblut dem Zivilschutz verschrieben und noch verschreiben. Ähnlich tönte es an einer Sitzung des Baselbieter Kantonalvorstandes, als diskutiert wurde, ob dieses Thema tatsächlich Gegenstand einer abendfüllenden Diskussion sein soll, die erst noch über den Äther verbreitet wird. Kontraproduktive Wirkung werde eine solche verbale Auseinandersetzung für den Gedanken des Zivilschutzes haben, meinten die einen, und die Gegenseite konterte: «Hinterfragen tut not, denn nichts ist so gut, dass man es nicht besser machen könnte.»

Letzteres Argument vermochte zu überzeugen. Die Frage wurde also diskutiert, der Zivilschutz als Ganzes hinterfragt, und zwar mit allen Facetten. Zieren wir uns doch nicht immer um die Existenzfrage des Zivilschutzes, sondern begegnen wir deutlich seinen Widersachern. Die Daseinsberechtigung des Zivilschutzes darf, ja muss hinterfragt werden, davon war die Mehrheit des Vorstandes einhellig überzeugt, wenngleich einzelne Reformen des neuen Zivil-

schutzes zum Vorteil der Organisation bereits greifen und positive Wirkungen zeigen.

Wir haben nichts zu beschönigen und schon gar nichts zu verheimlichen. Vor diesem Hintergrund wurde dann konstruktiv diskutiert, ohne dass je einmal an diesem Podium jemand als Nestbeschmutzer hätte abgestempelt werden müssen. Natürlich plädierte niemand aus den eigenen Reihen für eine Abschaffung des Zivilschutzes, ihn verherrlichen wollte man aber auch nicht. Immerhin fanden die Exponenten der beiden Seiten eine gleiche Ebene, wo es sich gut diskutieren und debattieren liess.

Die härtesten Kritiker des Zivilschutzes konnten aber auch an diesem Abend nicht mit Argumenten überzeugt werden. Der Intoleranz kann man eben nicht immer mit Worten begegnen, sicher aber mit Taten, die überzeugen. «Stellen Sie sich beispielsweise einmal vor», wurde etwa votiert, «das Szenario Schweizerhalle würde eine Wiederholung erfahren und der Zivilschutz ginge nicht hin, nur weil es ihn ganz simpel nicht mehr gäbe.»

Lassen wir also auch künftig über unsere Organisation diskutieren, auch wenn es völlig überflüssig erscheint. Nur im Dialog können wir die (falschen) Bilder ins richtige Licht rücken. Immerhin haben wir mit dem heutigen Zivilschutz ein gutes Produkt anzubieten, denn «unser» Zivilschutz ist besser, als es uns viele immer wieder weismachen wollen. Nur keinen Zivilschutz zu haben, wäre denkbar schlecht. ▣

auch ein Teil der Prävention. «Das Schutzplatzdenken darf man nicht isoliert von den einzelnen Katastrophenszenarien betreiben und betrachten.»

Neues Ehrenmitglied im Baselbieter Verband

Im Anschluss an diese Diskussion fand der geschäftliche Teil der Mitgliederversammlung statt. Dabei wurde Ernst Gerber (Itingen), langjähriges Vorstandsmitglied und Vizepräsident, die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Gerber (Vertreter der OCG) musste aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung stellen. Bei gleicher Gelegenheit hatte der Baselbieter Verbandspräsident Werner Zahn (Reinach) weitere drei Vorstandsmitglieder zu verabschie-

den, nämlich Ruth Tschabold (Sanität), Kurt Stürchler (Militär) und Rolf Zwicky (ehemals Amtsvorsteher beim Bevölkerungsschutz Baselland). Letzterer wurde im Vorstand durch den neuen Chef des Amtes, Marcus Müller, ersetzt.

Schwung beibehalten

Werner Zahn stellte in seinem präsidentialen Rück- und Ausblick fest, dass der Zivilschutz «erfreulicherweise wieder Muskeln angesetzt hat». Zudem sei die Organisation dank den neuen Strukturen «schneller, beweglicher und einsatzfähiger» geworden. Die neue Ausrichtung sei notwendig gewesen und habe auf allen Ebenen neu motiviert. Jetzt gelte es aber, diesen Schwung weiterhin beizubehalten. «Wer

rastet, rostet im Zivilschutz besonders schnell!»

In seinen Voten plädierte der Baselbieter Verbandspräsident zudem für eine weitere Reduzierung einzelner Bestände, aber auch für ein Vorantreiben der Ersteinsatzformationen, «welche endlich gebildet werden (müssen)». Im weiteren soll auch der Regionalisierungsgedanke ein Thema bleiben. «Der Zivilschutz musste zwar auf schmalere Wege ausweichen, nicht aber unbedingt auf schlechtere.» ▣

Das Zivilschutzzentrum in Langenbruck wird um- und ausgebaut

«Ein Neubau wäre politisch nicht machbar»

Im Passdorf am oberen Hauenstein rüstet der Baselbieter Zivilschutz auf. Für weniger als eine halbe Million Franken wird hier derzeit das bestehende Ausbildungszentrum um- und ausgebaut. Mehr liege gegenwärtig ganz einfach nicht drin, sind die Verantwortlichen überzeugt: «Schon gar nicht ein Neubau.»

EUGEN SCHWARZ

Der Baselbieter Zivilschutz setzt vollumfänglich auf Langenbruck. «Im Passdorf soll unser wichtigstes Ausbildungszentrum entstehen», unterstreicht Hansueli Bertschi die rege Bautätigkeit um die hier bestehende Zivilschutzanlage. Für Bertschi, im Amt für Bevölkerungsschutz als Abteilungsleiter für die Ausbildung verantwortlich, geht mit diesem Aus- und Umbau eine lange Leidensgeschichte zu Ende, «welche den Baselbieter Zivilschutz über lange Jahre nachhaltig mitprägte und beschäftigte». Für weniger als eine halbe Million Franken baut der Kanton das Zivilschutzzentrum zu Füssen der «Erika»-Sprungschanze um. In einer ersten Etappe werden seit Herbst 1996 die Schulungsräume so verändert, dass danach in ihnen eine zeitgemässe und effiziente Ausbildung möglich ist. Zudem wird im Baukörper ein neues Treppenhaus eingebaut.

Handlungsbedarf habe sich in zweierlei Hinsicht aufgedrängt. Erstens einmal, weil sich das Langenbrucker Zentrum in einem dermassen desolaten Zustand befand, dass darin kaum mehr ein tolerierbarer Schulbetrieb hätte verantwortet werden können. Und zweitens habe man mit der

Schliessung des Ausbildungszentrums in Niederdorf erheblich viel Schulraum aufgeben müssen, den man bisher nicht hätte kompensieren können. «Ein spruchreicher Ersatz hat sich dann letztlich mit Langenbruck aufgedrängt.»

Ausbildung ab August 1997

Der Ausbildungsschef bezeichnete den derzeitigen Aus- und Umbau als «ausgesprochene Minimallösung». Hansueli Bärtschi: «Ein Neubau ist auf lange Sicht hinaus im Baselbiet politisch kaum mehr machbar.» Er wehrt sich jetzt aber auch dagegen, dass in Langenbruck, um den Landrat auszutricksen, etappiert gebaut werde. «Da haben andere den Finger drauf, dass das nicht passieren kann.» In einer zweiten Phase soll noch einmal Geld in das Gebäude fliessen. Geplant ist ein Materiallager, an dessen Baukosten sich aber eventuell der Bund beteiligen könnte. Im kommenden August soll der Ausbildungsbetrieb in den neuen Räumlichkeiten aufgenommen werden. Dass das Ausbildungszentrum am Rande des Kantonsgebiets liegt, will niemand vom Amt für Bevölkerungsschutz als das Gelbe vom Ei bezeichnen. Die langen Anfahrtswege – vor allen Dingen für die Kursteilnehmer aus dem unteren Kantonsteil – störe alle, las-



FOTO: TEAM SCHWARZ

Im Passdorf Langenbruck kann sich der Baselbieter Zivilschutz endlich etwas stärker entfalten.

sen sich aber eben nicht vermeiden. «Man hat ganz einfach keine andere Alternative mehr, weil der politische Wille sie zurzeit ganz einfach nicht zulässt», ist Marcus Müller, der neue Amtstellenleiter im Amt für Bevölkerungsschutz, überzeugt. Letztlich ist aber Langenbruck dennoch

mehr als nur eine Alternativlösung. «Ausbilden kann man immer und überall, wenn man nur will», verlautbart Werner Zahn, Verbandspräsident der Baselbieter Zivilschützer. «In Langenbruck kriegt der Baselbieter Zivilschutz aber immerhin wieder festen Boden unter die Füsse.»



BERN

BZSV-Delegiertenversammlung im Albert-Anker-Dorf Ins

Neuer Präsident ist Grossrat Hans Michel

An der 7. ordentlichen Delegiertenversammlung des Bernischen Zivilschutzverbandes (BZSV) wurde am 5. April 1997 Grossrat Hans Michel, Brienz, als Nachfolger von Therese Isenschmid zum Präsidenten des Verbandes gewählt. Der BZSV hat zusammen mit seinen vier Regionalverbänden eine arbeitsreiche Zeit hinter sich.

HANS JÜRIG MÜNGER

Der BZSV hält seine DV im Zweijahres-Rhythmus ab, so dass es am 5. April in Ins

im Bildungs- und Beratungszentrum für Landwirtschaft und Gemüsebau, LBBZ Seeland, darum ging, bei den Aktivitäten auf die beiden Jahre 1995 und 1996 zurückzublicken. Was die Delegierten allerdings noch mehr interessierte, war die Neubestellung des Präsidentenamtes, hatte doch auf die Versammlung 1997 hin Therese Isenschmid, Thun, demissioniert. Nach dem Grusswort von Gemeinderat Peter Antonietti – der notabene eine neue Albert-Anker-Ausstellung in Ins für den Herbst 2000 in Aussicht stellte – führte Therese Isenschmid vor den zahlreich erschienenen Delegierten in ihrem letzten Jahresbericht 1995/1996 aus, die beiden Jahre seien stark von der Umsetzung des neuen Zivilschutzleitbildes und den sich daraus auch für den BZSV ergebenden Anpassungen gekennzeichnet gewesen. Die vom Regierungsrat veranlasste «Studie über die existenzbedrohenden Gefahren im Kanton Bern» bestätigte die Wichtigkeit des Verbund-Einsatzes der Rettungsorganisationen in ausserordentlichen Lagen. Der Zivilschutz, als effiziente Nothilfeorganisation der Gemeinde, sei zu zielgerichteten Einsätzen zugunsten der Bevölkerung jederzeit bereit. Dass diese den Zivilschutz mehrheitlich gutheisse, be-

wiesen Publikumsbefragungen ja immer wieder.

Der BZSV arbeitet bei der Reform tatkräftig mit

Der starke Reorganisationsdruck, den das Strategiepapier «Zivilschutz 2000» der bernischen Polizei- und Militärdirektion ausgelöst hat, wirkt sich laut Therese Isenschmid nicht nur auf die Zivilschutzkader in den Gemeinden aus. Auch der alle Schutzdienstleistenden vertretende Bernische Zivilschutzverband mit seinen Regionalverbänden Mittelland, Biel/Seeland, Emmental/Oberaargau und Oberland hat die Herausforderung der Reform seit längerem angenommen und setzt sich unter anderem für die Nutzung von Synergien und gegen Doppelspurigkeiten in der Nothilfe ein. Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Zivilschutzes will der BZSV seine Hilfe bei der Ausbildung von Informationsbeauftragten in den Zivilschutzorganisationen der Gemeinden weiter verstärken.

«Seit meinem ersten Zivilschutzdienst anno 1964 haben sich die Zeiten geändert», betonte Therese Isenschmid. «Beim heute allüberall spürbaren Wertewandel

FOTOS H.J. MÜNGER



Die zurückgetretene Präsidentin Therese Isenschmid (zweite v. l.) zusammen mit den neugewählten Grossrat Hans Michel, Susanna Ernst und Rudolf von Gunten.

gilt es für uns Zivilschutzleistende, nicht nur technisches Know-how zu haben, sondern speziell auch Seele und Geist in unsere Arbeit einfließen zu lassen. Besonders darum, weil der Zivilschutz als wichtiger Teil des Gemeindelebens sowohl bei Ernstfalleinsätzen als auch bei allgemeinen Infrastrukturarbeiten zugunsten der Gemeinde mit der Bevölkerung einen speziell guten Kontakt haben muss.»

Hans Michel ist mit ganzem Herzen BZSV-Präsident

Ihren Rücktritt aus dem Vorstand hatten für 1997 ebenfalls Kassier Walter Baumann aus Lauperswil und Sekretär Walter Maurer aus Bönigen eingegeben. Therese Isenschmid schlug den Delegierten vor, die drei neuen Vorstandsmitglieder einzeln und die übrigen, verbleibenden Mitglieder in globo zu wählen.

Als ersten wählte die Versammlung den 40-jährigen Hans Michel aus Brienz, Bauunternehmer, Grossrat und unter anderem begeisterter Velofahrer, einstimmig zum neuen Verbandspräsidenten. Dieser nahm die Wahl gerne an, dankte seiner Vorgängerin und bekräftigte, sich voll und ganz für die Belange des BZSV einzusetzen. In den Vorstand gewählt wurden ebenfalls einstimmig Rudolf von Gunten, Zivilschutzstellenleiter in Ostermündigen (als Kassier) und Susanna Ernst der Zivilschutzstelle Thun (als Sekretärin). Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden mit bestem Dank ebenfalls ohne Gegenstimme im Amt bestätigt.

Vizepräsident Bernhard Wytttenbach gratulierte dem neuen Präsidenten und den neuen Vorstandsmitgliedern namens des

Hanspeter Rütli:
«Wir müssen das SKAD-Modell 2 weiterverfolgen.»



BZSV herzlich zur Wahl und dankte hierauf in warmen Worten den demissionierenden Therese Isenschmid, Walter Baumann und Walter Maurer für ihr langjähriges Wirken.

An der Spitze des BZSV stand Präsidentin Therese Isenschmid 12 Jahre lang. Seit 1980 als Vizepräsidentin und seit dem 28. Juni 1985 in Biel als Präsidentin, hatte sie sich immer voll und mit grossem Engagement für «ihren» Bernischen Zivilschutzverband und damit für den Zivilschutz ganz allgemein eingesetzt. Als «Rosinen» nannte Bernhard Wytttenbach das Unterrichtspaket für Schulen, die BEA-Ausstellungen, die «Gemeinde 1989» und die gleichnamige Ausstellung von 1993 mit der Ausstellung über den Einsatz im Verbund, die Vernehmlassung zur neuen Zivilschutzgesetzgebung und vieles mehr. Bereits 1986 hatte die neue Präsidentin

zusammen mit dem Vorstand den BZSV umstrukturiert, die Statuten angepasst und mitgeholfen, die Regionalverbände zu reorganisieren, was sich bis heute als gute Aktivität erwiesen hat.

In Anbetracht ihrer Verdienste wurde Therese Isenschmid hierauf – begleitet von einem prächtigen Keramikteller und Blumen – die Ehrenpräsidentschaft des Verbandes verliehen.

Die übrigen statutarischen Traktanden passierten ohne Gegenstimme, so das Budget 1998/1999, das Tätigkeitsprogramm und der Jahresbeitrag von Fr. 25.– (wie bisher) für Einzelmitglieder.

Der SKAD-Bericht wertet den Zivilschutz auf

Andreas Gasser, Leiter des Schulungszentrums, stellte das Jungbäuerinnen und Jungbauern ausbildende LBBZ kurz vor. Jean-Pierre Jost vom Amt für Bevölkerungsschutz des Kantons Bern überbrachte die Grüsse des bernischen Polizei- und Militärdirektors Peter Widmer und Moritz Boschung, Informationschef BZS, jene der Direktion des Bundesamtes für Zivilschutz. Er stellte ferner den geplanten Übergang des Bundesamtes in ein erweitertes EMD und damit die Aufwertung des BZS innerhalb der «Zivilen Existenzsicherung» des Bundes vor.

Die besten Grüsse der Geschäftsleitung des schweizerischen Dachverbandes und den Dank für die grosse geleistete Arbeit des BZSV in den beiden letzten Jahren überbrachte namens des SZSV der Verfasser dieses Berichts. Hans Jürg Münger dankte Therese Isenschmid speziell dafür, dass sie auch künftig in verschiedenen Gremien des SZSV mitarbeiten wird.

Dr. iur. Hanspeter Rütli vom Rechtsdienst der Zentralstelle für Gesamtverteidigung referierte hierauf über die Ergebnisse der Studienkommission Allgemeine Dienstpflicht (SKAD). Hanspeter Rütli hatte die Arbeiten der Kommission als deren Sekretär aufmerksam begleitet. «Der Zivilschutz wird im SKAD-Bericht aufgewertet», meinte der Gastreferent besonders mit Blick auf das von der SKAD zur Weiterbearbeitung empfohlene Modell 2. «Alle Einsatzdienste in der Gemeinde sollten den gleichen Status haben. Wir alle sollten versuchen, diesem Modell 2 den politischen Durchbruch zu ermöglichen!», rief Hanspeter Rütli zum Schluss aus.

Bei der lohnenden Besichtigung des Gemüsebetriebs von Grossrat Charles Aebersold in Treiten wurde den Anwesenden nach dem Mittagessen viel Wissenswertes über den Gemüseanbau und die Gemüseverarbeitung im bernischen Seeland vermittelt. ▀

Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau

Blick in die Zukunft und Vergangenheit

Zivilschutz-Zukunft und Zivilschutz-Vergangenheit wurden an zwei Veranstaltungen reflektiert, die der Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau im März durchführte.

CHRISTA ROTHEN

Anfangs März stellte Alfred Jenni, Vorsteher des Amtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe des Kantons Bern das neue Gesetz über ausserordentliche Lagen und besondere Ereignisse im Kanton Bern

vor. Die Fragen aus dem Kreis der Zivilschützer und Gemeindevertreter zeigte, dass hier ein Gesetzeswerk geschaffen wurde, das auf grosses Interesse stösst, das aber auch in Zukunft zu greifen scheint. Rund drei Wochen später ging es zurück in die Vergangenheit, nämlich zum Tela-Brand in Niederbipp. Über 100 Kaderangehörige des Zivilschutzes wollten wissen, welche Auswirkungen dieses Grossereignis auf die ZSO gehabt hatte und welches die daraus gewonnenen Erkenntnisse waren. Referenten waren Hans-Ulrich Werren von Wangen an der Aare und Michel Flaig, Einsatzleiter der ZSO Langenthal. Mängel seien nicht zu umgehen gewesen, sagten die Referenten. In Anbetracht des Ereignisausmasses sei jedoch die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Zivilschutz ausgezeichnet gewesen. ▣

Kanton geleisteten Dienste. Nichts Gutes konnte er einer im Nationalrat eingebrachten Motion zur Auflösung des Zivilschutzes abgewinnen. «Diese zeugt von wenig Sachverstand für die Lage im Berggebiet, wo durch die Natur innert kurzer Zeit grosse Gefahren entstehen können.» Hinsichtlich einer allfälligen Bedrohung durch bewaffnete Konflikte erwähnte Alius Maissen die beträchtlichen Waffenarsenale in der Hand von arbeitslosen Militärs im östlichen Europa.

Neuer Präsident

Nach sechs Jahren vor allem durch die Zivilschutzreform bewegter Zeit, trat Martin Rüegg, Davos, aus beruflichen Gründen vom Präsidium zurück. Begleitet von einem kräftigen Applaus der Anwesenden konnte er den Dank für seine wertvolle Arbeit zugunsten des Zivilschutzes ebenso entgegennehmen wie eine Wappenscheibe, die ihm seine Vorstandskollegen überreichten. Im Anschluss wurde Christian Theus, Bonaduz, als neuer Präsident gewählt. August Eisenring, Thusis, trat als Aktuar zurück. Seine Aufgaben übernimmt innerhalb des Vorstandes Hanspeter Federspiel, Domat-Ems. Als neuen Beisitzer wählte die Versammlung Florian Kamnik, Davos.

Zivilschutz an der GEHLA 97 in Chur

Neben weiteren Sachgeschäften bewilligte die Versammlung diskussionslos einen Beitrag von 4000 Franken für einen Informationsstand an der GEHLA 97. Damit wird die Bevölkerung über Gefahren und Schutzmassnahmen informiert und gleichzeitig die Stellung der Zivilschutzorganisation in der Gemeinde aufgezeigt. ▣



GRAUBÜNDEN

Generalversammlung
des Zivilschutzverbandes Graubünden in Chur

Klares Bekenntnis zum Zivilschutz

Am 7. April fand in Chur die Generalversammlung des Zivilschutzverbandes Graubünden statt. Unter den rund 85 Anwesenden befanden sich auch Landespräsident Erwin Roffler, Davos, und Regierungspräsident Alius Maissen. Letzterer fand eindeutige Worte zum Stellenwert des Zivilschutzes. Wichtigstes Traktandum war die Wahl eines neuen Präsidenten.

HANS-RUDOLF HÄSLER

In Anspielung auf die ständigen Sparübungen beim Bund im Bereich Zivilschutz meinte der Bündner Finanzminister Alius Maissen: «Wenn der Bund das Geld nirgends dümmen ausgeben würde als beim Zivilschutz, wäre in Bern eine bessere Ordnung vorhanden.» Damit ermunterte er die Anwesenden für den Einsatz zugunsten des Zivilschutzes. Gleichzeitig überbrachte er seinen Dank für die bisher im

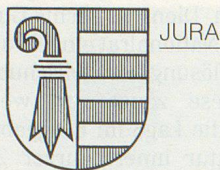


Hans Gasser, Vorsteher des kantonalen Amtes für Zivilschutz und Katastrophenhilfe, schätzt die Arbeit des Zivilschutzverbandes.

Der scheidende
Präsident
Martin Rüegg (links)
gratuliert dem
neuen Präsidenten
Christian Theus.



FOTOS: H.-R. HÄSLER



Rapport annuel des chefs
et suppléants PCI à Alle

Ne former que des gens motivés

PCI. La Protection civile jurassienne n'échappe pas aux mesures d'économie, et doit investir dans la formation de ses cadres avec un grand discernement. C'est ce qui ressort du rapport annuel des chefs et suppléants de la Protection civile du Canton du Jura, qui s'est déroulé le 14 mars dernier à Alle.

Il y a actuellement 28 organisations de protection civile dans le Canton, mais il n'en faudrait pas plus de 18, englobant chacune des zones de 3000 à 4200 habitants. Le chef du Service de la sécurité et de la protection du Canton du Jura, Charles Socchi, a apporté ces différentes précisions aux chefs OPC et à leurs adjoints, réunis le 14 mars dernier à Alle à l'occasion de leur rapport annuel. Les efforts d'économie de l'Etat jurassien se poursuivent, et obligent les responsables de la PCI à sélectionner plus étroitement les hommes qu'elle va former, pour ne plus travailler qu'avec des gens motivés, disponibles et susceptibles

d'assurer la relève des personnes aujourd'hui en fonction.

L'importance du rapport d'incorporation

Charles Socchi, l'instructeur Jacques Fleury et le président de l'Association jurassienne des cadres de la protection civile, Jacques Müller, sont intervenus pour rappeler aux chefs présents à quel point le premier contact avec les «nouvelles recrues» était important et devait faire l'objet d'une grande attention. Le rapport d'incorporation, mis en place il y a deux ans, est en effet l'occasion de présenter les travaux et les responsabilités de la protection civile, et d'orienter correctement les nouveaux membres, en tenant compte de leurs compétences et de leurs affinités. Mais il faut pour cela organiser ces rencontres avec sérieux.

La ville de Porrentruy le fait par exemple, en convoquant des réunions où sont projetés plusieurs films d'information, et où est organisée une visite complète des installations, en présence de chaque chef de service et du conseiller communal responsable. Si la ville doit incorporer annuellement 60 à 80 nouveaux membres, chaque réunion ne regroupe qu'un maximum de 17 candidats.

Dépenser pour des jeunes motivés par la PCI

Il faut noter que plusieurs chefs locaux sont inquiétés de la limitation par la Confédération du nombre d'hommes incorporables. Berne ne tolère qu'un dépassement de 20% des effectifs qu'elle a jugé néces-

saires. Le vice-directeur de l'Office fédéral de la Protection civile, Marcel Gaille, présent également à Alle, a tenu à préciser que cette mesure concernait prioritairement les zones à forte densité urbaine, où la tendance aux sureffectifs est plus largement répandue que dans des régions telles que le Canton du Jura. Marcel Gaille et Charles Socchi insistent cependant pour que les ressources de la PCI ne soient utilisées que pour former en priorité de jeunes hommes susceptibles d'assurer une relève, plutôt que d'être utilisées pour des personnes plus anciennes, même motivées, et qui n'auront pas la possibilité de rentabiliser leurs connaissances nouvelles.

Deux postes sanitaires qui bloquent d'autres projets

Charles Socchi a également profité de cette rencontre annuelle avec les cadres et responsables pour présenter l'esprit de la restructuration de la protection civile dans le Canton: de 28 OPC actuellement, la structure devrait être réduite d'une dizaine d'unités, ce qui permettra de constituer des secteurs plus grands, comptant entre 3000 et 4200 habitants. Cela n'ira pas sans poser quelques problèmes pour ces militaires, qui pourront être amenés à effectuer des opérations de conduite dans des structures plus vastes. Mais Charles Socchi a précisé que le dossier était pour l'instant en attente, puisque son Service met la priorité sur le règlement du contentieux concernant les postes sanitaires de Courtételle et Bassecourt, où 20 communes (sur 24) ont déposé des recours. Le regroupement des OPC à l'échelon jurassien ne sera remis sur le métier que lorsque ce



Pour Charles Socchi, la protection civile doit choisir avec discernement les gens qu'elle souhaite former, en pensant au renouvellement de ses cadres.



PHOTOS: PCI JU

De gauche à droite, Jean-Marc Montavon, de Courcelon, nouvel instructeur de la PCI du canton du Jura, Charles Socchi, le chef du nouveau Service de sécurité et de protection du canton, et Jacques Schaller, instructeur de la PCI depuis l'entrée en souveraineté du nouveau canton, et qui bénéficie depuis le 1^{er} août dernier d'une retraite méritée.

dossier-là sera réglé. Mais rien n'empêche les OPC qui le souhaitent d'entamer une collaboration intercommunale.

La PCI engagée sur plusieurs fronts

La Protection civile sera également sollicitée, ou du moins ses installations, pour différentes manifestations à caractère sportif ou ludique: une dizaine de communes de la Vallée de Delémont se verront demander la mise à disposition de leurs abris, dans le cadre du tournoi de football Jura Trophée, du 16 au 19 mai prochains. La Fête romande de gymnastique, qui devrait avoir lieu en juin 1999 dans le Jura, mobilisera sans doute également les effectifs de la PCI, puisque 6000 à 8000 personnes devraient visiter notre région à cette occasion. L'Expo 2001 pourrait aussi recourir aux services des hommes de la PCI. Charles Socchi est également revenu sur les différents travaux et interventions des équipes de la PCI l'an dernier dans le canton: construction d'abris, d'un hangar à compost, de refuges forestiers, d'escaliers, sans parler de l'exercice Saint-Martin, en novembre dernier. L'une des grandes difficultés de cet exercice grandeur nature a été de travailler, non en temps réel, mais dans des conditions accélérées.

A propos des travaux d'utilité publique, qui occupent en moyenne (suisse) le 15% du temps des hommes de la PCI, Charles

Socchi a prié les responsables de cours de bien veiller à ce qu'ils ne soient pas une concurrence pour les entreprises privées.

Un instructeur en remplace un autre

En fin de rapport, le ministre Claude Hêche est également venu apporter le message du Gouvernement jurassien, et rappeler que la réforme administrative n'épargnerait surtout pas le fonctionnement de la PCI jurassienne. Le ministre souhaite d'autre part pouvoir trouver une solution avec les communes récalcitrantes qui refusent de participer financièrement aux frais du poste sanitaire de Bassecourt.

Les chefs OPC et leurs suppléants ont eu également l'occasion, si ce n'était fait, de prendre congé de l'ancien secrétaire-comptable et instructeur du Bureau de la protection civile d'Alle, Jacques Schaller, et d'accueillir son remplaçant, Jean-Marc Montavon. Le premier a occupé ses fonctions durant 15 ans, avant d'entrer en retraite; il dispose néanmoins aujourd'hui d'un agenda qui reste chargé, puisqu'il assume depuis le début de l'année le mandat de maire de sa commune, Damvant. Le second est âgé de 48 ans, habite à Courcelon, et suit actuellement les cours de l'école fédérale d'instructeur. Jean-Marc Montavon est entré en fonction le 1^{er} août dernier. ▣



LUZERN

Kantonales Amt im Gespräch mit Medien

Mehr Effizienz trotz Personalabbau

Über greifbare Erfolge in verschiedenen Bereichen berichtete Hermann Suter, Vorsteher des Luzerner Kantonalen Amtes für Zivilschutz, am Jahresgespräch mit den Luzerner Medien. Die Reform 95 beginnt Früchte zu tragen, die Ausbildung ist effizienter geworden, der bauliche Zivilschutz ist weit fortgeschritten, und die durch den Personalabbau notwendig gewordene Neuorganisation ist im Gange.

EDUARD REINMANN

«Wir haben im Ausbildungsbereich einen zünftigen Schritt vorwärts gemacht», betonte Hermann Suter. Auf Ausbilderseite hat der grösste Teil der hauptamtlichen Instruktoressen das Eidgenössische Diplom oder Nachdiplom erworben. Das am 1. Januar 1996 in Kraft gesetzte Kreisinstruktorenkonzept bewährt sich gut. Die Kreisinstruktoren – durchwegs hauptamtliche Instruktoressen – stehen den Chefs ZSO als Berater und Begleiter aller Zivilschutzaufgaben zur Verfügung. «Diese Partnerschaft funktioniert, die bisherigen Erfahrungen sind sehr gut, die Arbeit wird intensiviert», stellte Hermann Suter befriedigt fest. Aber auch die hauptamtlichen Instruktoressen können nicht auf ihren «Lorbeeren» ausruhen. In regelmässigen Abständen werden sie zu Weiterbildungsseminariern aufgeboten. Im Kanton Luzern weiss man sehr wohl, dass Stillstand Rückschritt bedeutet.

Diese Ausbildungsanstrengungen finden ihren Niederschlag in den Einführungs- und Weiterbildungskursen. Jeder Kurs wird in enger Zusammenarbeit mit den auf ihre Eindrücke und Erfahrungen angesprochenen Kursabsolventen differenziert ausgewertet. «Die Rückmeldungen sind durchwegs gut bis sehr gut», bestätigte Robi Arnold vom Regionalen Ausbildungszentrum Schötz.

Information und KGS

Im Kanton Luzern ist man mit Erfolg bemüht, keinen Pendenzenberg aufzu-

FOTO: E. REINMANN

schichten. Hinsichtlich des Vollzugs der Reform 95 konnte der vorgegebene Fahrplan bisher durchwegs eingehalten werden. Zurzeit sind die Zivilschutzorganisationen im Begriff, die dazu gehörige Feinarbeit zu leisten und die mittelfristig ausgelegten Arbeiten durchzuziehen. Nebst dem «Pflichtstoff» befasste sich das Kantonale Amt mit den Informations- und Kulturgüterschutzaufgaben. Seit mehreren Jahren werden Kurse für Informationsverantwortliche durchgeführt, mit dem Erfolg, dass heute 70 Prozent aller ZSO ausgebildete Informationsverantwortliche in ihren Reihen wissen.

Das jüngste Kind ist der Kulturgüterschutz (KGS) mit dem Ziel, dass in allen ZSO KGS-Spezialisten tätig sein werden. Dabei müssen die Relationen richtig gesehen werden. Der Zivilschutz wird sich vor allem mit der Inventarisierung zu befassen haben, während die eigentliche Facharbeit immer Sache der Profis – sprich Kantonale Denkmalpflege – zu sein hat. Aus- und Weiterbildung der KGS-Zivilschutzpflichtigen erfordern jedoch eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachinstanzen.

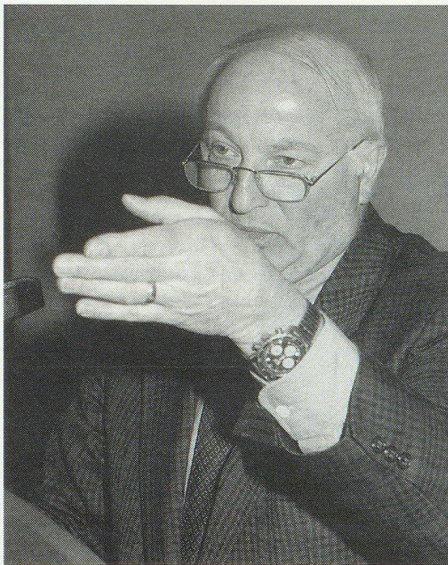
Baulicher Zivilschutz: Highlights

Es sind nicht immer die «grossen Würfe», welche besondere Freude auslösen, sondern die Lücken, die geschlossen werden können. So jedenfalls im Kanton Luzern. In drei Gemeinden sagten die Stimmberechtigten ja zu baulichen Massnahmen. Highlight: Seit 20 Jahren fehlt in Reiden ein Kommandoposten. Nun endlich wird er erstellt.

Bis Ende 1996 wurden im Kanton Luzern 70 Anlagen in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilschutz überprüft und qualitativ eingestuft («Zivilschutz» berichtete darüber). Erfreuliches Resultat: 67 Anlagen können erneuert werden. Wie Hermann Suter berichtete, haben zahlreiche Gemeinden die nötigen Sanierungen planerisch eingeleitet. «Es geht um die Erhaltung der Substanz auch für die künftigen Generationen», betonte Hermann Suter.

Regionalisierungsphase 2

Das Luzerner Kantonale Amt hat bereits die Zukunft im Visier. Seit dem 1. Januar 1997 wird das mittelfristige Ausbildungskonzept 1997–2000 umgesetzt. Im Bereich der «differenzierten Ausbildung» arbeiten Fachleute des Kantons auf Bundesstufe direkt mit. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Innerschweiz (AGI) bringt der Kanton auch seine Vorstellungen zur Revisionsarbeit der Zivilschutz-Sanitätsausbildung ein. Vor etwas mehr als Jahresfrist wurde eine Projektgruppe «Reform der



Hermann Suter: «In der Ausbildung haben wir einen zünftigen Schritt vorwärts gemacht.»

Ausbildungsstruktur» eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Ausbildungsangebote gestrafft und koordiniert werden können und wie eine verbesserte Arbeitsteilung zwischen Kanton und Gemeinden möglich ist.

Ein delikates Kapitel, das einerseits Fingerspitzengefühl, andererseits Konsequenz und Durchstehvermögen erfordert, dürfte die «Regionalisierungsphase 2» sein. Die heute vorhandenen 70 ZSO (bei 107 Gemeinden) sollen auf rund 50 ZSO reduziert werden. Das Kantonale Amt hat die entsprechenden Vorbereitungen an die Hand genommen, und die ersten Gespräche werden in der zweiten Jahreshälfte eingeleitet. Diese Massnahme steht in direktem Zusammenhang mit dem Projekt «Luzern 99», das eine Strukturreform in Verwaltung, Behörden und Gemeinden vorsieht.

Qualitätszertifikat

«Wirkungsorientierte Verwaltung» (WOV) ist ein anderes Projekt, das der Kanton Luzern an die Hand genommen hat. Das Kantonale Amt für Zivilschutz wurde vom vorgeschlagenen Militär-, Polizei- und Umweltschutzdepartement in den Kreis jener Dienststellen aufgenommen, die sich nun gezielt in die WOV-Arbeit einreihen. Ziel ist letztlich die ISO-Zertifizierung nach ISO 9001 (Betriebe mit eigener Entwicklungsabteilung) oder ISO 9002. Das sind ehrgeizige Ziele, wenn man bedenkt, dass das Kantonale Amt bis Ende 1996 seinen Personalbestand um 250 Stellenprozente gegenüber 1995 reduziert hat. Per Ende 1997 werden es 350 Prozent und per Ende 1998 450 Prozent sein. ▀



THURGAU

Willy Loretan, Präsident des schweizerischen Zivilschutzverbandes, sprach an der Mitgliederversammlung des Zivilschutzverbandes Thurgau

Der Zivilschutz ist Teil des Gemeindelebens

«Ich wünsche mir motivierte Behörden mit guten Strukturen, ein politisches Bekenntnis zum Zivilschutz und einen konsequenten Sicherheitsbund auf Stufen Gemeinde und Region», erklärte Regierungsrat Roland Eberle anlässlich der von Präsident Bruno Lüscher geleiteten Mitgliederversammlung des Zivilschutzverbandes Thurgau. Ständerat Willy Loretan, Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV), forderte die Sicherstellung der konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Grundlagen für den Zivilschutz, aber auch eine verstärkte Mitgliederwerbung und die Verankerung des Zivilschutzes in den Köpfen und Herzen der Bevölkerung.

WERNER LENZIN

Im Mittelpunkt der statutarischen Geschäfte stand neben der Verabschiedung von Vorstandsmitglied Jakob Büttikofer und der Wahl dessen Nachfolgers, Willi Schoch, der Jahresbericht von Präsident Bruno Lüscher. Wie Lüscher in seinem Jahresbericht einleitend darauf hinwies, war das thurgauische Zivilschutzjahr überschattet vom tödlichen Unfall von Amtschef Rudolf Labhart im Sommer 1996. Die Versammlung gedachte seiner, dies im Bewusstsein, dass der Verstorbene stets ein offenes Ohr für die Anliegen des Verbandes zeigte. «Die Budgets der Gemeinden sind wohl gesunken, allerdings auch im Bund und in den Kantonen, die Verantwortung ist meiner Meinung nach aber gehörig gestiegen», unterstrich Präsident Bruno Lüscher in seinem Jahresbericht. Gemäss seinen Ausführungen hat die Gemeinde mit dem Zivilschutz 95 ein zusätzliches Einsatzmittel für den Katastrophenschutz und die Nothilfe erhalten. Neben dem Versicherungsschutz durch die

Feuerwehren ist – so Lüscher – gerade der Zivilschutz das einzige Mittel der Gemeinde, um länger andauernde Einsätze zu leisten. Keine andere Organisation ist in dieser Lage, weder personell noch materiell. «Der Zivilschutz ist Teil des Gemeindelebens. Sein Einsatz erfolgt eigenständig oder zusammen mit Feuerwehr, Polizei, Sanitätsdiensten, Gemeindebetrieben, Armeen und weiteren Organisationen», lautete einer der Kernsätze des thurgauischen Verbandspräsidenten. Im Zivilschutz erfüllen für ihn Menschen gemeinsam eine wichtige, gesellschaftliche und notwendige Aufgabe. Gemeinnützige Dienste sind für ihn ein fester Bestandteil des Zivilschutzes, von dem auch die Bevölkerung profitiert. Den Kanton Thurgau bezeichnete der Präsident als vorbildlichen Kanton, dies nicht zuletzt in der Frage der Zivilschutzkonzeption, sondern auch in der Verbundlösung. Er zeigte sich überzeugt davon, dass heilige Kühe geschlachtet oder zumindest weniger heilig gemacht werden müssten, dies, um dafür effiziente, gut organisierte und schlagkräftige Einsatzmittel zu erhalten.

Den Gemeinden kommt zentrale Rolle zu

Willy Loretan, Zentralpräsident des SZSV, erwähnte die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit seines Verbandes und wies hin auf die neuen Grundlagen der schweizerischen Sicherheitspolitik, wonach der engen Vernetzung zwischen Armee und Zivilschutz eine wichtige Bedeutung zukommt. «Träger der Katastrophenhilfe sind Kanton und Gemeinde», unterstrich Loretan und wies dabei darauf hin, dass den Gemeinden eine zentrale Rolle zukommt. Sie bilden das Grundgerüst des Zivilschutzes, des vielseitig einsetzbaren kommunalen Hilfs- und Schutzdienstes mit seinen grossen Personal- und Materialreserven. «Die in Ausrüstung und Ausbildung noch beste-

henden Lücken müssen raschmöglichst geschlossen werden», forderte der Zentralpräsident und wies die oberste Priorität der Ausbildung zu. «Eine professionell geführte, phantasievolle und effiziente Ausbildung der Zivilschutzpflichtigen, eingebettet in klare Einsatzkonzepte für den Ernstfall, motiviert nicht nur die Frauen und Männer im Zivilschutz, sondern ist ebenso geeignet, das Erscheinungsbild des Zivilschutzes bei der Bevölkerung zu verbessern», erklärte Loretan. Mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen rügte er die falsch gesetzten Prioritäten im Bundeshaushalt und wies darauf hin, dass mit den Voranschlägen 1996 und 1997 der Zivilschutz auf Bundesebene einen absoluten Tiefpunkt erreicht habe. Mit der Überzeugung, dass Bevölkerungsschutz ein existenzielles Anliegen im wahrsten Sinne des Wortes ist und damit jeden politisch Verantwortlichen ansprechen müsse, schloss Loretan seine Ausführungen.

Kernbotschaften zum Zivilschutz

Regierungsrat Roland Eberle nahm Stellung zur politischen Motivation und Verantwortung der kantonalen und kommunalen Sicherheitspolitik. Für ihn erfüllen im Zivilschutz Menschen gemeinsam eine wichtige, gesellschaftlich notwendige Aufgabe. Für Eberle ist der Zivilschutz aber auch ein Teil des Gemeindelebens, und sein Einsatz erfolgt eigenständig oder zusammen mit anderen Organisationen. «Der Zivilschutz ist vielseitig, kompetent, flexibel und kostengünstig», erklärte er und erwartet vom Zivilschutz, dass er Bevölkerung und Kulturgüter vor den Auswirkungen von Katastrophen, Notlagen und bewaffneten Konflikten schützt. Für ihn trägt der Zivilschutz zur Bewältigung solcher Ereignisse bei, und gemeinnützige Arbeiten sind für ihn ein Bestandteil des Zivilschutzes, von dem letztlich auch die Bevölkerung profitiert. ▀

An der von Bruno Lüscher geleiteten Mitgliederversammlung sprach Ständerat Willy Loretan über seine Motivation zur Führung des schweizerischen Zivilschutzverbandes.

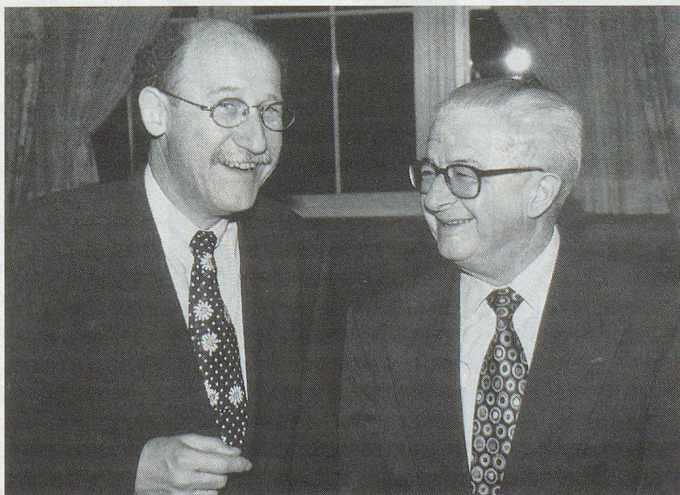


FOTO. W. LENZIN

Als Mitglied
des Schweizerischen
Zivilschutzverbandes
 erhalten Sie
die Zeitschrift
«Zivilschutz»
gratis nach Hause
geliefert!

Verlangen Sie doch ganz einfach einige Probenummern der Zeitschrift «Zivilschutz» sowie Unterlagen über den Schweizerischen Zivilschutzverband.

Coupon einsenden an:
 SZSV, Postfach 8272, 3001 Bern

Ja, ich möchte einige Probenummern der Zeitschrift «Zivilschutz» sowie Unterlagen über den Schweizerischen Zivilschutzverband.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____